

Prokla-Redaktion

Editorial: Markt und Demokratie

Sind Markt und Demokratie die ultima ratio der Organisation und Regelung wirtschaftlicher und politischer Prozesse?

Für die Demokratie bestreitet das im Prinzip niemand, auch wenn es gelegentlich Zweifel an der Tauglichkeit demokratischer Prozeduren, den Hinweis auf mögliche Selbstblockaden (Stichwort »Unregierbarkeit«) und Unzulänglichkeiten gibt. Daß politische Entscheidungen, ob direkt oder mittels Repräsentanten, nicht ohne Beteiligung der von ihnen Betroffenen gefällt werden sollten und daß für diese Betroffenen als politische Akteure Normen wie Freiheit (der individuellen Entscheidungen) und Gleichheit (vor dem Gesetz und in der Teilnahmemöglichkeit am politischen Prozeß) gelten sollen, gehört heutzutage zu den verfassungsmäßig festgeschriebenen Selbstverständlichkeiten auch in jenen Staaten - und das sind wohl nach wie vor die meisten -, in denen faktisch ganz anderes gilt.

Der Markt erfreut sich ähnlich breiter Zustimmung nicht. Zwar malt die ökonomische Theorie uns ein Idealbild des Marktes, das diesen gerade in Bezug auf die Verwirklichung der Werte von individueller Freiheit und Gleichheit analog zur Demokratie darstellt: jede Konsumentin kann mit ihrem Geld- und Ressourceneinsatz nach freier individueller Entscheidung mitspielen und »all dollars are created equal« (Parsons); meine Mark ist so gut wie deine Mark, und wofür ich sie ausbebe, ist ausschließlich meine Sache. Aber das Gegenbild, daß der Markt eine zerstörerische, sozial bedrohliche Einrichtung sei, hat historisch seine Ausbreitung schon immer begleitet: insbesondere der Einbezug von Arbeit und Land in das Spiel von Kauf und Verkauf, von Angebot und Nachfrage hat soziale Gegenbewegungen und Gegensteuerungsversuche provoziert.

Während der analoge Verweis auf die zerstörerischen Wirkungen der Demokratie, wie er klassisch in den konservativen Reaktionen auf die Französische Revolution formuliert wurde (Burke, de Maistre), langsam abebbte, ist die Kritik an der marktförmigen Regulierung des Wirtschaftsprozesses bis heute nicht verstummt. Sicherlich hängt das damit zusammen, daß gegen die Demokratie die politischen Privilegien der Wenigen (des Adels gegen die niederen Stände), gegen den Markt aber die ökonomische Benachteiligung der Vielen (der Armen, der Bauern und Arbeiter) ins Feld geführt wurden. Aus diesen Asymmetrien ergab sich auch, daß die sozialen Bewegungen gegen die Folgeschäden der Marktvergesellschaftung erst in der Kopplung mit der Demokratie ihre Durchschlagskraft fanden.

Intellektuellen Rückhalt gewannen diese Bewegungen durch das theoretische Aneinanderbinden von Markt und Kapitalismus. Die Subsumtion der Arbeit unter das Spiel der Marktkräfte führte dazu, daß die einst politisch durch unmittelbare Herrschaftsverhältnisse getragene Ausbeutung, die mit der Demokratie nicht länger möglich schien, im Kapitalismus mit rein ökonomischen Mitteln fortgeführt werden konnte. Deshalb sollte die politische Emanzipation durch die ökonomisch-so-

ziale ergänzt werden. Wenn erst die Demokratie bis in die »verborgenen Stätten der Produktion« (Marx) vordränge, könnte mit dem Kapitalismus zugleich die Ausbeutung endgültig abgeschafft werden.

Da Markt und Kapitalismus als zwei Seiten einer Münze galten, war die Forderung nach einem Ende der kapitalistischen Ausbeutung verknüpft mit der nach dem Ersatz des Marktes durch Wirtschaftsplanung. An die Stelle der Ex-post-Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten auf dem Markt sollte deren Ex-ante-Koordination durch Planung treten. Mit der gelungenen Planung würde zugleich der von Marx diagnostizierte Fetischismus der Marktbeziehungen beseitigt und jene gesellschaftliche Transparenz erreicht, die Demokratie im »Verein freier Menschen« erst vollendet ermögliche.

So sollte es nicht kommen. Die Arbeiterbewegung hat sich, auf diese Formel kann man es rückblickend bringen, an der Demokratiefrage gespalten. Dem Teil, der seine Prioritäten im Kampf gegen Ausbeutung und Imperialismus sah, was damit zusammenhängen mochte, daß man in nicht-demokratischen Umgebungen operierte, gelang es nach und nach, die »politischen Kommandohöhen der Wirtschaft« in einem beträchtlichen Teil der Welt zu erobern. Jene Höhen erwiesen sich als Maulwurfshügel. Die von dort gestarteten Planungsversuche mißlangen, sobald sie mehr bewältigen sollten als eine nachgeholte Industrialisierung mit »erziehungsdiktatorischen« Mitteln.

Dieses Scheitern der Kombination 'Diktatur und Planung' soll nun ein für allemal die Überlegenheit der Kontrastkombination 'Demokratie und Markt' bewiesen haben (womit wir beim Thema unseres Heftes und seiner Aktualität angekommen sind). Demokratie und Markt seien nicht nur wahlverwandt, weil auf den gleichen Prinzipien individueller Rechte und Freiheiten beruhend. Sie ergänzten sich zudem aufs Glücklichste in einem Verhältnis wechselseitiger Abstützung und ermöglichten auf diese Weise optimale Resultate: Frieden (zumindest den inneren) und Wohlstand. Planungsversuche hingegen führten, wie Hayek schon in den vierziger Jahren argumentierte, nicht nur auf den Weg zu wirtschaftlichen Mißerfolgen, sondern auch auf den »Weg in die Knechtschaft«.

Das simple Ausschöpfen der Kombinationsmöglichkeiten der vier Variablen Markt, Plan, Demokratie und Diktatur verweist allerdings darauf, daß jene aktuelle Gegenüberstellung die zwei weiteren, wichtigen Kombinationsvarianten 'Diktatur und Markt' und 'Demokratie und Planung' ausblendet. Mit der ersten gibt es viel historische Erfahrungen, mit der zweiten wenig.

Einerseits hat die Geschichte der letzten 200 Jahre zur Genüge gezeigt, daß kapitalistisch organisierte Märkte resistent sind gegen die Oszillationen zwischen Demokratie und Diktatur, die die politische Entwicklung in vielen Ländern nach wie vor prägen. Diese Oszillationen müßten die Frage nahelegen, ob nicht die Natur jener Märkte politische Instabilitäten geradezu verursacht. Bisher bilden jedenfalls diejenigen Länder, die Kapitalismus und Demokratie einigermaßen stabil miteinander kombinieren konnten, eher die Ausnahme als die Regel. Andererseits scheint die Kombination 'Demokratie und Planung' in den Bereich des Utopischen

zu gehören, sowohl weil Demokratie zur bloßen Formalität von Akklamationsritualen verkommen kann, als auch weil demokratische Planung in relevantem Maßstab selten unternommen wurde und noch seltener gelungen ist. Dennoch: wenn es überhaupt einen normativ akzeptablen und historisch begründbaren Gegensatz zur derzeit zum Ende der Geschichte hochstilisierten Kombination von 'Markt und Demokratie' gibt, dann ist es das Projekt einer Kombination von 'Planung und Demokratie', das an die Traditionen der demokratischen antikapitalistischen Arbeiterbewegung anknüpft.

Gegen dieses Projekt werden zwei Einwände erhoben: Erstens die These von der Unvereinbarkeit von Planung und Demokratie, zweitens die These vom Rückfall dieser Kombination hinter das in modernen Gesellschaften erreichte Niveau funktionaler Differenzierung.

Das *erste* Argument besagt im Kern, Planung im gesellschaftlichen Maßstab müsse notwendig individuelle Entscheidungsspielräume in einem Maße einengen, das demokratische Regeln verletze. Entweder weil die Planung von vornherein nur die Prioritäten der politischen Zentrale bediene, oder weil Planversagen auf Störungen von »unten« zurückgeführt würde und die Versuchung zu groß wäre, diese Störungen per Ukas zu eliminieren. Zwar müßte die strikte Bindung der Planung an demokratische Regeln beide Vorbehalte entkräften, eine Bindung, die bisher unter anderm wohl auch deshalb mißlang, weil die realsozialistischen Länder samt und sonders nicht gerade auf starke demokratische Traditionen zurückblicken konnten. Es bleibt aber ein prinzipielles Argument: In jedem Fall fiel Planung hinter die »Demokratie des Marktes« zurück, die dem Idealbild der Ökonomen nach sogar weiter geht als die politische Demokratie. Aus der unterstellten Freiwilligkeit der Kontrakte auf dem Markt folgt nämlich, daß die Marktkoordination eine Art absoluten Minderheitenschutz gewährleistet, der die Rechte des Individuums weit über die Mehrheitsentscheidungsregeln der politischen Demokratie hinaus respektiert: Keine Markt-Mehrheit kann ein Individuum zum Abschluß eines Vertrages, zur Marktteilnahme zwingen. Deshalb wird sich, wie das Prinzip der Pareto-Optimalität festhält, bei unterstellter Rationalität und Informiertheit des Handelns, durch die Teilnahme an Markttransaktionen auch niemand in seiner wirtschaftlichen Lage verschlechtern.

Dagegen läßt sich natürlich zunächst halten, daß - wie schon Marx lehrte - die Freiheit der Kontrakte für eine Mehrheit der Marktteilnehmer bestenfalls formell ist: Kapitalistische Arbeitsmärkte haben für die Lohnabhängigen - auch noch vor dem Hintergrund ausgebaute sozialstaatlicher Absicherungen - die Struktur einer Zwangslage, in der man bestenfalls wählen kann, *mit wem*, aber nicht *ob* man einen Vertrag zwecks Verkauf der Arbeitskraft abschließt. Wenn es zudem Ausbeutung gibt, ist das Pareto-Prinzip ein allzu schwachbrüstiges Kriterium für die Bewertung sozialer Verhältnisse: Die »freiwillige« Einwilligung in ein Ausbeutungsverhältnis besagt nur etwas über die Miserabilität der offenstehenden Alternativen.

Daß die Funktionsweise des Marktes jeden Akteur vor Mehrheitsentscheidungen

schützt, hat darüberhinaus eine sehr problematische Kehrseite: Märkte eignen sich bestens dazu, einmal gewonnene privilegierte Positionen (Monopole, Reichtumszusammenballungen) zu verteidigen und auszubauen. Wenn es, wegen Ausbeutung oder aus anderen Gründen, ungleich verteilte Chancen zur privaten Reichtumsvermehrung gibt, entsteht deshalb neben der behaupteten Wahlverwandtschaft von Markt und Demokratie immer wieder ihr Gegensatz: Marktprozesse führen zu sozial unerwünschten wirtschaftlichen Ergebnissen, die sich mit den Mitteln des Markthandelns selbst nicht korrigieren lassen. Mehrheiten können dann auf demokratischem Weg politische Eingriffe in den Marktprozeß erzwingen. Im Gegenzug ist jedoch der demokratische Prozeß nicht immun gegen Eingriffe von seiten wirtschaftlich privilegierter Minderheiten: von der Wahlkampffinanzierung über organisierte Lobbies bis zur Korruption reicht ein Spektrum von Möglichkeiten, mittels derer sich ökonomische Privilegien auch in Demokratien in politische Einflußmöglichkeiten übersetzen lassen. Wie auch immer der Konflikt zwischen Pluto- und Demokratie jeweils ausgehen mag, seine Dauerexistenz belegt, daß nicht allein Planung (wegen der Einengung individueller Entscheidungsspielräume) eine Gefährdung demokratischer Prinzipien impliziert. Sie geht ebenso von ganz marktkonform zustandegekommenen Reichtumszusammenballungen aus: Die behauptete »Demokratie des Marktes« ist dann nur eine für eine Minderheit, die demokratisch legitimierte, politische Eingriffe schon allein deshalb provoziert, weil der Markt selbst keine Stoppregel für einseitige Reichtumsakkumulationen kennt.

Wenn sich also aus dem behaupteten Spannungsverhältnis zwischen Planung und Demokratie schon allein deshalb kein zureichendes Argument gegen Planung drehen läßt, weil eine solche Spannung auch zwischen Markt und Demokratie existiert, wie steht es dann mit der zweiten oben angeführten These, wonach Planung, ob demokratisch oder nicht, notwendig einen Rückfall hinter das in modernen Gesellschaften erreichte Niveau funktionaler Differenzierung impliziere?

Moderne Gesellschaften, das sind natürlich solche, deren Ökonomie kapitalistisch, deren Staatsform demokratisch ist. Sie werden als funktional differenzierte so beschrieben, daß die Teilsysteme Staat und Ökonomie (und im Bedarfsfall noch weitere gesellschaftliche Teilsysteme wie Wissenschaft, Recht usw.) relativ getrennt operieren und auf die Erfüllung bestimmter, für die Reproduktion der Gesellschaft erforderlicher Funktionen spezialisiert sind. Das Gegenbild zu funktional differenzierten Gesellschaften liefern hierarchisch stratifizierte, etwa die europäischen Feudalgesellschaften. Letztere kennen eine Spitze und ein Zentrum, erstere nicht. Funktionstrennung wird normalerweise (Spencer sei Dank) mit höherer Effizienz assoziiert, bedeutet aber jedenfalls per Definition mehr dezentrale Entscheidungsfähigkeit, weniger Durchgriff von oben nach unten.

Versuche einer gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplanung erscheinen in einer solchen Optik als Phänomene der »Entdifferenzierung«. Sie tragen also von vornherein die semantische Bürde des Rückfalls hinter bereits erreichte Niveaus der Modernisierung. Denn was gewöhnlich als funktionale Differenzierung von Öko-

nomie und Politik angesehen wird, wird mit solchen Planungsversuchen hintergangen. Viele neuere Analysen des Scheiterns der real existierenden Sozialismen argumentieren denn auch nach diesem Muster: Entdifferenzierung bedingt Innovationsunfähigkeit und diese bedingt den Untergang in der Systemkonkurrenz. Aber was nötigt uns eigentlich, demokratische Wirtschaftsplanung als Funktion der Politik (im hergebrachten Verständnis) anzusehen? Müssen wir die Kombination »Planung und Demokratie« als Alternative zu »Markt und Demokratie« tatsächlich so denken, daß Planzentrale (wenns schon zentralistisch sein muß, was ja nicht ausgemacht ist) und politische Spitze identisch sein und vielleicht auch noch in einem Aufwasch gewählt werden müssen? Spätestens wenn man sich vorstellt, daß unsere derzeitigen politischen Führungsgarnituren zugleich in Personalunion die Herren der Wirtschaft wären, kommen Bedenken auf. Aber auch prinzipiell spricht vieles dafür, wirtschaftliche und politische Funktionen getrennt zu halten, zumal dann, wenn beide Funktionskreise nach demokratischen Kriterien organisiert werden sollen. Aber warum sollte diese Trennung einen Verzicht auf Planung bedeuten? Selbst wenn man die soziologische Ineinssetzung von funktionaler Differenzierung und Modernität akzeptiert und Entdifferenzierungen als Gefährdung des erreichten Niveaus gesellschaftlicher Entwicklung ansieht, ist damit die Kombination »Planung und Demokratie« nicht erledigt. Die Differenz von Markt und Plan betrifft im Prinzip die Zeitstruktur der Koordination wirtschaftlicher Handlungen (ex post vs. ex ante), nicht die gesellschaftlichen Niveaus funktionaler Differenzierung. Alternativen zur marktförmigen Organisation der Wirtschaft implizieren also nicht notwendig die erneute Verschmelzung von Staat und Ökonomie.

Aber bevor wir von Alternativen zum Markt reden, sollten wir erst noch einmal über den Markt reden. In zwei Beiträgen zu diesem Heft (DeVroey, Semmler) geschieht dies in der Optik der neueren ökonomischen Theorie, in einem (Schwengel) mit Bezug auf die neueste soziologische Modernisierungsdebatte. Die eher empirisch orientierten Beiträge (Müller-Plantenberg, Marmaro/Messner, Kowalik) kommen, wie sich zeigt, sehr viel direkter auf das spannungsreiche Verhältnis von Markt und Demokratie zu sprechen: in der idealen Welt der Theorie reiben sich die Subsysteme offensichtlich weniger als in der rauen Wirklichkeit Lateinamerikas oder Osteuropas. Der Aufsatz von Michael Krätke, der der Frage nachgeht, inwieweit Sozialpolitik die gesellschaftliche Machtverteilung verändert, ist zwar ein Nachtrag zum letzten Heft, aber schon allein deshalb nicht irrelevant für das aktuelle Thema, weil Sozialpolitik eine Menge mit der Herstellung der Kompatibilität von Markt und Demokratie zu tun hat.

Etliche Leserinnen und Leser haben auf unseren Brief an sie (Heft 81) geantwortet. Vielen Dank fürs Mutmachen. Auf die Frage, wie es mit der PROKLA weitergehen soll, wird die Jahresversammlung der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« eine Antwort suchen, und wir werden dann darüber berichten.